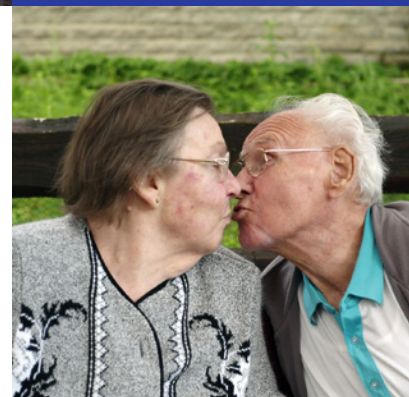




Jahresbericht 2015

Von Menschen für Menschen



Ein verlässliches Fundament für Gesellschaft und Sozialstaat
Wir arbeiten für eine humane und friedvolle Gesellschaft

Engagement für Deutschlands Zukunft
Wir stellen uns den gesellschaftlichen Herausforderungen

Effektive Hilfe direkt vor Ort
Wir wissen, welche Unterstützung die Menschen brauchen

Dem Gemeinwohl verpflichtet
Wir wollen helfen, nicht Gewinne erwirtschaften

Unsere Gesellschaft, unterstützt von den Bürgern
Wir sind eine tragende Säule der Zivilgesellschaft

Qualität zum Nutzen der Menschen
Wir arbeiten mit nachhaltigem Erfolg

Anwalt der Schwachen
Wir geben den Sprachlosen eine Stimme

Kompetenter Berater der Politik
Wir gestalten mit, vom Bund bis in die Kommune

Europas soziales Gewissen
Wir sind auch in Brüssel gefragt

Ansprechpartner für bürgerschaftliches Engagement
Wir bieten engagierten Menschen einen Rahmen



Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e.V.
Oranienburger Straße 13–14
10178 Berlin
Telefon: 030 24089-0
Fax: 030 24089-134
E-Mail: info@bag-wohlfahrt.de
www.bagfw.de

Impressum

Mai 2016

Herausgeberin:
Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e.V.
V.i.S.d.P.: Dr. Gerhard Timm

Redaktion:
Katrín Goßens, Britt Kutscha

Gestaltung:
Rosendahl Berlin – Agentur für Markendesign

Druck:
Union Sozialer Einrichtungen gemeinnützige GmbH

Bilder:
BAGFW, Holger Groß, Dirk Hasskarl, Seite 3: Der Paritätische



*Ausführlichere Informationen finden
Sie in der digitalen Fassung des
Jahresberichtes auf www.bagfw.de*

Inhalt

Einleitung	3
Das Politische Jahr	4
Freie Wohlfahrtspflege	8
Politische Gespräche	10
Schwerpunktthema	12
2015	14
Politikforum/Verleihung des Deutschen Sozialpreises.	16
Gremienarbeit	
Sozialkommission I	18
Sozialkommission II	20
Finanzkommission	22
Geschäftsstelle	23
Finanzen	30
Anschriften	32

Wir sind darauf bedacht, die sprachliche Gleichbehandlung der Geschlechter zu berücksichtigen. Wir folgen dabei den Empfehlungen des Bundesverwaltungsamtes (BBB-Merkblatt M19).

Die Federführung in der Bundesarbeitsgemeinschaft lag ab 2015 beim Paritätischen Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e.V. Im Rahmen der zweijährigen Federführung ist der Vorsitzende des Paritätischen, Prof. Dr. Rolf Rosenbrock, Präsident der BAGFW.

Die Mitgliederversammlung ist das zentrale Entscheidungs- und Beschlussorgan. Sie bestimmt Ziele, Strategien und Politik der BAGFW-Arbeit.

Mitglieder der BAGFW-Mitgliederversammlung 2015 waren:

Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V.
Wolfgang Stadler, Brigitte Döcker, Martina Arends (bis 31.07.2015)

Deutscher Caritasverband e.V.
Prälat Dr. Peter Neher, Prof. Dr. Georg Cremer, Katrin Gerdsmeier

Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e.V.
Prof. Dr. Rolf Rosenbrock, Dr. Ulrich Schneider, Werner Hesse

Deutsches Rotes Kreuz e.V.
Donata Freifrau Schenck zu Schweinsberg,
Christian Reuter (ab April 2015), Tobias Nowoczyn

Diakonie Deutschland – Evangelischer Bundesverband
Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V.
Ulrich Lilie, Maria Loheide, Uwe Schwarzer

Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e.V.
Abraham Lehrer, Sarah Singer (ab Februar 2015), Benjamin Bloch

Der Mitgliederversammlung arbeiten drei Kommissionen zu, unterhalb dieser konstituieren sich die Fachausschüsse. Eine Übersicht finden Sie auf Seite 9.

Zum Auftakt

Es ist schlechterdings nicht möglich auf das Jahr 2015 zurückzublicken, ohne von Flüchtlingen zu reden. Denn die Bewältigung des Andrangs Zuflucht Suchender in unserem Land stand und steht nicht nur im Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzungen in Deutschland, sondern ist auch die Bewährungsprobe der Zivilgesellschaft.

Ich bin im letzten und diesem Jahr wiederholt in Erstaufnahmeeinrichtungen in Berlin aber auch z. B. am Hamburger Hauptbahnhof und anderen Brennpunkten des Geschehens gewesen. Was ich dort gesehen habe, waren Bilder, wie ich sie mir in ihrer sozialen Dramatik in Deutschland nicht mehr hatte vorstellen können und, was wichtiger ist: es war in zweierlei Weise tief anrührend: Zum einen die Not, die offensichtliche Hilfebedürftigkeit, zum anderen aber auch das Ausmaß und die Art und Weise, wie geholfen wurde, mit Empathie, Freundlichkeit, Nachsicht und Respekt. Das helle Deutschland – mit vielen Migrant/innen im ehrenamtlichen Einsatz. Wir sind dankbar für die humane Haltung der Bundesregierung im letzten Jahr und stolz auf die Rolle Deutschlands in Europa. Wir hoffen sehr, dass diese Position den sich abzeichnenden Stürmen stand hält und werden unsererseits alles dazu beitragen, damit „wir das schaffen“!



Zu Beginn des Jahres übernahm Prof. Dr. Rolf Rosenbrock, Vorsitzender des Paritätischen Gesamtverbandes, die Amtsgeschäfte des BAGFW-Präsidenten.

Das Politische Jahr

Auch wenn die enormen Dimensionen der Herausforderung erst in der zweiten Jahreshälfte wirklich sichtbar wurden, kann man das politische Jahr 2015 auch insgesamt unter die Überschrift „Umgang mit Flüchtlingen in Deutschland und Europa“ stellen. Kein anderes einzelnes Thema hat die BAGFW in ihren Gremien und operativen Strukturen stärker beschäftigt als die Frage einer menschlichen Willkommenskultur und der anschließenden Integration von Geflüchteten in Deutschland.

Dies wurde nicht zuletzt auch beim Spitzengespräch mit der Bundeskanzlerin am 02.11.2015 deutlich: Entgegen den üblichen Gepflogenheiten in der Vergangenheit gab es im Gespräch nur ein Thema, den Umgang mit Flüchtlingen. Darüber hinaus hatte die BAGFW vielfach Gelegenheit gegenüber Vertretern der Bundesregierung, etwa den Bundesministerinnen Manuela Schwesig und Andrea Nahles, aber auch der Flüchtlingsbeauftragten Frau Aydan Özoguz, ihre Positionen zu erläutern und gemeinsame Aktivitäten zu besprechen. Unbeschadet der Tatsache, dass die BAGFW die gesetzlichen Verschärfungen des Asylrechts sehr kritisch kommentiert hat, gab es insbesondere mit den von der Bundeskanzlerin vertretenen Positionen ein hohes Maß an Übereinstimmung. Allein 7 Stellungnahmen und öffentliche Äußerungen der BAGFW zum Themenkreis „Geflüchtete“ bezeugen die intensive Auseinandersetzung mit der aktuellen Lage aber auch mit den Gelingensvoraussetzungen einer Integration in die deutsche Gesellschaft. In enger Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ist die Freie Wohlfahrtspflege inzwischen an einer Reihe von

Programmen beteiligt, die einer verbesserten Aufnahme und Integration dienen. Hier sind insbesondere das breit angelegte Patenschaftsprogramm, die Verbesserung der Angebote im Bereich psychosozialer Zentren und der besondere Schutz von Frauen und Kindern im Rahmen der Erstaufnahme zu nennen. Dieses Programm wird in Zusammenarbeit mit UNICEF erarbeitet. Die BAGFW hat im Laufe des Herbstes auch ein eigenes Integrationskonzept erarbeitet und im Dezember vorgelegt. Dieses Integrationskonzept bietet die Richtschnur und Grundlage des weiteren politischen Handelns der BAGFW in diesem Arbeitsfeld. Das Ministerium hat für den erhöhten Aufwand der Spitzenverbände für Koordinierungsaufgaben im Flüchtlingskontext die Mittel dafür um 2 Millionen Euro angehoben. Dabei handelt es sich um die erste Anhebung seit vielen Jahren. Die BAGFW war auch vertreten auf den beiden Flüchtlingsgipfeln der Bundesregierung im Herbst und hat mit der Flüchtlingskoordination der Bundesregierung regelmäßige Austauschtreffen vereinbart, von denen eines auch bereits in 2015 stattgefunden hat. Ohne Frage wird uns diese Herausforderung auch in den



Am 8. September fand auf Einladung der BAGFW ein Treffen von Repräsentanten der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege und muslimischen Verbänden statt. Ziel war es, zu Fragen der interkulturellen Öffnung von Angeboten der Wohlfahrtspflege und zu spezifischen Bedürfnissen in Hinblick auf konkrete Dienstleistungen und im Hinblick auf organisatorische Unterstützung der muslimischen Organisationen und Menschen ins Gespräch zu kommen.

nächsten Jahren noch sehr beschäftigen, wobei es zunehmend um Fragen einer nachhaltigen Integration gehen wird.

Vor diesem allgemeinen Hintergrund sind die anderen Politikfelder, zumindest in der öffentlichen Wahrnehmung, etwas in den Hintergrund getreten. Für die BAGFW haben sie gleichwohl ebenfalls eine hohe Bedeutung. Dies gilt vor allem für die Verbesserung der Situation behinderter Menschen in Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. Die Bundesregierung hatte dazu die Vorlage eines Bundesteilhabegesetzes (BTHG) in dieser Legislaturperiode zugesagt, dessen Beratung in einem breiten Beteiligungsprozess ebenfalls viel Raum im zurückliegenden Jahr eingenommen hat. Auch wenn sich ein endgültiges Ergebnis derzeit noch nicht absehen lässt, so ist der vom Bundesarbeits- und Sozialministerium organisierte umfassende Beteiligungsprozess der Zivilgesellschaft an der Entstehung dieses Gesetzes doch als neue Qualität der Debatte sehr zu begrüßen.

Der langjährige Arbeitszusammenhang mit der Bundesregierung im Rahmen des gemeinsamen „Sozialmonitoring“ wurde unter Leitung der Parlamentarischen Staatssekretärin Gabriele Lösekrug-Möller, die im Übrigen auch den oben erwähnten Beteiligungsprozess zum BTHG hervorragend moderiert hatte, fortgesetzt. Dabei kommen „ungewollte“ Nebenwirkungen bereits beschlossener Regelungen aus allen sozial relevanten Politikfeldern zur Sprache. Ziel ist es, mit solchen Hinweisen Gelegenheit zum Gegensteuern zu geben.



Dr. Gerhard Timm, BAGFW, im Gespräch mit Johannes Fuchs, Deutscher Verein und Wolfgang Strengmann-Kuhn, MdB

Ein weiteres Arbeitsfeld war die nach wie vor unbefriedigende Situation vieler Langzeitarbeitsloser, die von den erheblichen Mittelkürzungen der letzten Legislaturperiode betroffen sind und deren Wiedereinstieg in das Berufsleben ein wichtiges Anliegen der Freien Wohlfahrtspflege darstellt. Dazu haben wir uns in verschiedenen Stellungnahmen und Gesprächen positioniert. Hier sind die Adressaten nicht nur das Arbeitsministerium und das Finanzministerium als Mittelgeber, sondern auch die Bundesagentur für Arbeit, mit dessen neuem Vorstand, Detlef Scheele, wir den Gesprächsfaden aufgenommen haben.

Eine hohe Dynamik hat auch das Politikfeld „Pflege“ im zurückliegenden Jahr entwickelt. Mit dem Pflegestärkungsgesetz II hat die Bundesregierung hier eine lange diskutierte Reform endlich auf den Weg gebracht. Gegenüber der bisherigen Systematik seit Einführung der Pflegeversicherung kommt es dadurch z. T. zu gravierenden Veränderungen. Insbesondere geht es um die Implementierung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffes, der sich am Grad der Selbstständigkeit orientiert und damit unterschiedliche Beeinträchtigungen besser in den

mentation positiv gestartet 13.04.2015 – Gemeinsame Fachtagung: Ärzte, Zahnärzte und die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege diskutieren über die **Zukunft der Pflege** 14.04.2015 – **Bundesteilhabegesetz** darf nicht scheitern 27.04.2015 – Gemeinsame Pressemitteilung: Zukunft der Pflege – **Zusammenarbeit der Professionen fördern** 12.06.2015 – **Gutachten** zu den Grundlagen der Entwick-

lung einer indikatorengestützten Qualitätsberichterstattung in der häuslichen Pflege 22.06.2015 – Wohlfahrtspflege begrüßt **EU-Initiative** für sozialeres Europa 14.07.2015 – „Qualitätsausschuss“ des PSG II zu einer demokratisch legitimierten **Selbstverwaltung** weiterentwickeln 08.09.2015 – **Gemeinsam für Arbeit** 10.09.2015 – **Helfer** brauchen Hilfe 11.09.2015 – Haushaltsberatungen: **Behinderte Menschen nicht**



Blick bekommen kann. Die Freie Wohlfahrtspflege hatte dies lange gefordert und ist mit der gesetzlichen Neuregelung daher insgesamt auch zufrieden. Die vorgesehene Neuorganisation der Pflegeselbstverwaltung hätte demgegenüber konsequenter ausfallen können, ist aber gleichwohl auch als Schritt in die richtige Richtung zu bewerten. Dies gilt auch für das Präventionsgesetz, das der Deutsche Bundestag verabschiedet hat, das hinsichtlich seiner finanziellen Ausstattung sicherlich hinter den Erwartungen zurückbleibt, in seiner generellen Ausrichtung aber unsere Zustimmung findet. Auch hier hat sich in einem vorbildlichen Beteiligungsprozess das BMFSFJ eine eigene Engagementstrategie gegeben, die für den Rest der Legislaturperiode engagementpolitische Ziele und ihre Umsetzung definiert. Da für uns der Bereich des bürgerschaftlichen Engagements einen zentralen Bereich darstellt, hat es uns sehr gefreut, dass unser „Hausministerium“ – als Engagementministerium – sich mit solcher Intensität diesen Fragen zuwendet.

Die federführend vom Bundesinnenministerium betreute Deutsche Islamkonferenz hat ihren Dialogprozess zum Thema „Wohlfahrtspflege“ im Laufe des zurückliegenden Jahres abgeschlossen. Die BAGFW hat sich als Teilnehmerin und Sachverständige eingebracht. Die ohnehin anstehende stärkere Beschäftigung mit den Besonderheiten islamischer Wohlfahrtspflege ist durch diesen Prozess beschleunigt worden. In einem ersten Spitzengespräch im September konnten sich führende Vertreter der islamischen Verbände mit den Spitzen der Freien Wohlfahrtspflege über gemeinsam interessierende Fragen austauschen. Es wurde vereinbart, diesen Prozess auch auf der Arbeitsebene

und in weiteren Spitzengesprächen fortzusetzen und zu intensivieren. In der strategischen Betrachtung spielten die beiden Themen „Wirkungsorientierung“ und „Digitalisierung des Sozialen“ eine zunehmende Rolle in der Arbeit der BAGFW und ihren Gremien. Mit dem Zentrum für soziale Innovation und Investition an der Universität Heidelberg wurde die Erstellung eines Gutachtens zur Methodik der Wirkungsfeststellung in der sozialen Arbeit vereinbart. Das Gutachten soll Wege aufzeigen, wie eine stärkere Wirkungsorientierung der Freien Wohlfahrtspflege praktisch umgesetzt werden kann. Dem diente auch ein Workshop, den wir im Juli durchgeführt haben. Auch das Thema einer digitalen Transformation im Bereich der sozialen Arbeit wurde in einem Workshop thematisiert und wird die Arbeit der BAGFW und der Spitzenverbände weiter begleiten. Hier werden beträchtliche Chancen aber auch Risiken für die Weiterentwicklung der sozialen Arbeit gesehen und vermutet.

Die Arbeit im Beirat des Bundeswirtschaftsministers zum Transatlantischen Handels- und Investitionsabkommen (TTIP) wurde im Rahmen eines breiten Bündnisses zivilgesellschaftlicher Organisationen, die sich sehr kritisch mit dem Abkommen auseinandersetzen, fortgesetzt. Wir hoffen, dass unsere wiederholten fundierten Interventionen auf deutscher und europäischer Ebene insgesamt zu einem kritischeren Blick auch der Bundesregierung auf das Abkommen geführt haben.

Anknüpfend an eine lange Tradition wurde im Oktober, auf Einladung der ZWST, eine erneute Informations- und Besuchsreise nach Israel organisiert. Es hat uns besonders gefreut, dass für den ersten Teil der Reise auch Herr Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek unserer Einladung gefolgt ist. Neben verschiedenen politischen Gesprächen mit Ministerien und in der Knesset, galt die Reise auch diesmal wieder den Besuchen von konkreten Projekten der sozialen Arbeit und dem Erfahrungsaustausch mit Praktikern.

Wir möchten uns an dieser Stelle bei allen Unterstützern und Freunden der Freien Wohlfahrtspflege und bei den zahlreichen sehr engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Spitzenverbänden und in der Geschäftsstelle für ihren Einsatz und für ihr Engagement für die gemeinsamen Ziele im Rahmen der BAGFW herzlich bedanken.

Prof. Dr. Rolf Rosenbrock
BAGFW-Präsident



Freie Wohlfahrtspflege

Wir sind für Menschen da –
unabhängig von ihrer Herkunft,
Religion und Weltanschauung

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) ist die gemeinsame Stimme der sechs Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Deutschland. Die Arbeiterwohlfahrt, der Deutsche Caritasverband, das Deutsche Rote Kreuz, der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband, Diakonie Deutschland Evangelischer Bundesverband und die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland wurzeln in unterschiedlichen Religionen und Weltanschauungen. Die in der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege zusammenarbeitenden sechs Spitzenverbände verleihen dem Anliegen Gehör, das sie eint: der Sorge für alle Menschen, die Hilfe benötigen.

Der federführende Verband ist mit einer Vielzahl von Aufgaben und Zuständigkeiten eng mit der Geschäftsstelle der BAGFW verbunden. Er nimmt hier Steuerungsfunktionen wahr. Insbesondere hat der Federführer auch Zugriff auf die Führungspositionen in den Fachausschüssen, in denen die inhaltlichen Positionen der BAGFW erarbeitet werden. Diese Regelung erlaubt eine einheitliche und stringente Führung der BAGFW durch den federführenden Verband.



Investment Partnership (TTIP) 26.02.2015 Stellungnahme der BAGFW zum **Kleinanlegerschutzgesetz** 27.02.2015 Stellungnahme der BAGFW zum Gesetzentwurf der Bundesregierung zur **Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung** vom 29.12.2014
03.03.2015 Stellungnahme der BAGFW zum Entwurf des **Nationalen Reformprogramm 2015** 10.03.2015 **Unbegleitete minderjährige**



Auf Einladung der ZWST reiste die BAGFW-Mitgliederversammlung in Begleitung von Dr. Ralf Kleindiek, Staatssekretär im Bundesministerium für Familie, Senioren Frauen und Jugend nach Israel. Stationen der Reise waren u. a. ein Besuch in der Knesset, das ALYN Hospital, Neve Shalom – „Oase des Friedens“ sowie das Ministerium für Senioren.

Mehr zur Arbeit der Fachausschüsse
auf www.bagfw.de



Organisationsstruktur der BAGFW 2015



Die Mitgliedschaft in den Gremien der BAGFW wird nicht vergütet und es werden keine Aufwandsentschädigungen bezahlt.

Politische Gespräche

Politische Kommunikation ist die Kernaufgabe der BAGFW, die sie auf verschiedenen Ebenen und in verschiedener Form wahrnimmt. Voraussetzung ist in jedem Fall die Klärung und Abstimmung einer gemeinsamen Position der Spitzenverbände. Die politischen Gesprächspartner in der Bundeshauptstadt reichen von der Bundeskanzlerin über die Minister bis weit in die Ministerialbürokratie hinein. Im Deutschen Bundestag sprechen wir mit den Abgeordneten und

ihren gewählten Funktionsträgern, aber natürlich auch mit den Parteien. Die Gespräche werden auf den verschiedenen Ebenen der BAGFW z. T. unter Beteiligung aller Verbände, oft in kleineren Gruppen, gelegentlich aber auch als Vieraugengespräche geführt. Die Geschäftsstelle stellt die Vorbereitung, die Dokumentation und Verbreitung der Ergebnisse sicher, damit mit den Gesprächsergebnissen weiter gearbeitet werden kann.



Das Gespräch mit Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte aufgrund der aktuellen Lage als einziges Thema „Flüchtlinge“ und das Engagement der Wohlfahrtspflege in der Flüchtlingshilfe.

Ausgewählte Politische Gespräche (Monatsübersicht)

29.01.2015: Dr. Edgar Franke, Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Gesundheit

In diesem Gespräch wurde u. a. über das Wingenfeld-Modell zur Transparenzdarstellung in der Pflege, die Umsetzung des Beikirch-Modells zur Entbürokratisierung und die Neudefinition des Pflegebedürftigkeitsbegriffes in der aktuellen Legislaturperiode gesprochen.

02.02.2015: Sigmar Gabriel, Vorsitzender der SPD und Bundeswirtschaftsminister

Bei diesem Antrittsgespräch des BAGFW-Präsidenten wurde u. a. über Themen wie TTIP, die Anwerbung vietnamesischer Pflegekräfte und über die Spezifika einer islamischen Wohlfahrtspflege gesprochen.



Im Gespräch mit Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles ging es um öffentlich geförderte Beschäftigung und das Bundesteilhabegesetz



Am 11. Juni fand ein Parlamentarisches Frühstück zur Qualitätsberichterstattung in der Pflege statt. Zahlreiche Parlamentarier informierten sich.

04.03.2015: Dr. Alexandros Tassinopoulos und Kollegen von der Bundesagentur für Arbeit

Dabei ging es z. B. um die Herausforderungen im SGB II, um die Umsetzung des Papiers „Gemeinsam für Arbeit“ sowie um Migration und Arbeitsmarktintegration. Außerdem wurde das Anliegen der Wohlfahrtsverbände zur Vergabe von Arbeitsmarktdienstleistungen, vor dem Hintergrund der Reform des Vergaberechts angesprochen.

22.04.2015: Thomas Oppermann, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Gegenstand dieses Gesprächs waren die Themen Mindestlohn und Bereitschaftsdienste. Zudem waren öffentlich geförderte Beschäftigung und Flüchtlinge Diskussionspunkte.

19.05.2015: Staatsministerin Aydan Özoguz, Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration

Bei diesem Gespräch wurden u. a. die Koordinierung, Qualifizierung und Förderung der ehrenamtlichen Unterstützung von Flüchtlingen, die Herausforderungen für die Einwanderungsgesellschaft sowie Integrationskurse thematisiert.

23.06.2015: Bundesministerin Manuela Schwesig

Im Zentrum dieses Antrittsgesprächs des BAGFW-Präsidenten standen die Themen Deutsche Islamkonferenz und Bürgerschaftliches Engagement.

16.07.2015: Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles

Schwerpunkte dieses Antrittsgesprächs des BAGFW-Präsidenten waren die öffentlich geförderte Beschäftigung sowie das Bundesteilhabegesetz.

10.09.2015: Staatssekretär Gerd Billen, BMJV

Hintergrund dieses Gesprächs waren die Themen Transparenz im Pflegebereich und die ADR (Alternative Dispute Resolution) -Richtlinie der EU und eine damit verbundene Schiedsstelle zur Streitbeilegung in Verbraucherangelegenheiten.

12.10.2015: Prof. Dr. Karl Lauterbach, SPD-Bundestagsfraktion

Dieses Gespräch thematisierte den Mindestlohn und Bereitschaftsdienste.

02.11.2015: Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

Dieses turnusmäßige Gespräch auf Spitzenebene hatte aufgrund der aktuellen Lage als einziges Thema „Flüchtlinge“. Insbesondere wurde auf das flüchtlingsbezogene Engagement der Freien Wohlfahrtspflege eingegangen oder auch die Problematik unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge thematisiert.

02.12.2015: Antrittsgespräch des neuen BA-Vorstandes Detlef Scheele bei der BAGFW

Im Mittelpunkt dieses Gesprächs standen die Flüchtlingsthematik, Schnittstellen zwischen Arbeitsförderung und Kinder- und Jugendhilfe sowie der Passiv-Aktiv-Transfer und die Umschulung in der Altenpflege.

Flüchtlinge schützen, fördern und beteiligen! – ein Vorschlag der BAGFW für eine geänderte Zuständigkeitsregelung 11.03.2015 Kernaussagen zu den Sozialen Diensten in Freihandelsabkommen 16.03.2015 Änderungsanträge zum Vorschlag der EU-Kommission über den Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) 20.03.2015 Joint Statement on Public Services 30.03.2015 Kernforderungen der

BAGFW zum Bundesteilhabegesetz 31.03.2015 Der Sozialraum als Ort der Teilhabe – Standortbestimmung der BAGFW 17.04.2015 BAGFW-Positionspapier: Wie können SGB II und III Maßnahmen besser nutzbar gemacht werden? 24.04.2015 Eckpunkte der BAGFW zur Weiterentwicklung der Werkstätten-Mitwirkungsverordnung (WMVO) 27.04.2015 Stellungnahme der BAGFW zu den Umsetzungsvorschlägen

Flüchtling sein – Flüchtlingen helfen: Perspektiven der Freien Wohlfahrtspflege



Ausweitung der flüchtlingsbezogenen Aktivitäten der Verbände (Beispiele)

- Deutlicher Ausweitung der Aktivitäten als Betreiber von Flüchtlingsunterkünften bzw. Übernahme der Sozialbetreuung von Unterkünften
- Einrichtung von zusätzlichen Stellen im Bereich der Migrationsberatung für Erwachsene
- Durchführung von 350 bundesgeförderten Projekten zur Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements im Flüchtlingsbereich
- Ausbau der Psychosozialen Zentren für Flüchtlinge an ca. 30 Standorten
- Durchführung von ca. 100 bundesgeförderten Projekten zur Unterstützung von Flüchtlingsfrauen

Unsere Gesellschaft beweist in der Aufnahme und Integration von Hunderttausenden von geflüchteten Menschen die Kraft ihres Zusammenhalts, die Vitalität der Zivilgesellschaft. Das helle Deutschland – mit vielen Migrant/innen im ehrenamtlichen Einsatz.

Dass es sich auch weiter so entwickelt, trotz aller sicher zu erwartenden Probleme, dafür tritt die Freie Wohlfahrtspflege ein, als zentral herausgeforderter, organisierter Teil der Zivilgesellschaft.

Für die Freie Wohlfahrtspflege gilt: Wir begrüßen die Entscheidung der Bundesregierung und namentlich der Bundeskanzlerin, dass die staatliche Politik diese Herausforderung zivilisiert und zuversichtlich annimmt und Deutschland dabei ein Land mit freundlichem Gesicht ist und bleiben soll. Zuerst geht es um die Verteilung und Versorgung der Flüchtlinge innerhalb Deutschlands. Dazu gibt es auch gar keine Alternative, denn diese Menschen sind jetzt da und brauchen jetzt Hilfe.

Dahinter stehen aber dann natürlich auch die Fragen,

- wie in Zukunft das Regime an den deutschen Grenzen aussehen soll,
- wie die Menschenströme innerhalb der EU gesteuert werden können,
- wie es zu einer gerechten Verteilung der Lasten in Europa kommen kann,
- wie an den Außengrenzen der Schengen-Zone verfahren werden soll,
- ob das Dublin-Prinzip endgültig gescheitert ist und was an seine Stelle treten soll,

- welche Unterstützung für die Transit- und Erstaufnahmeländer möglich ist, die – im Verhältnis zu ihrer Bevölkerungsanzahl und Wirtschaftskraft – Flüchtlinge in weit größerem Umfang als die europäischen Staaten aufgenommen haben und aufnehmen,
- welche Politiken in den Herkunftsländern und den sie umgebenden Weltregionen zur Schwächung der Fluchtgründe führen können,
- wie die Möglichkeiten ausgebaut werden können, auf legalem Wege – also ohne gefährliche und vielfach traumatisierende Flucht – hierher nach Europa zu kommen, da geht es also um Humanitäre Aufnahmeprogramme oder das Resettlement und auch um ein Einwanderungsgesetz.

Diese Probleme lassen sich sämtlich nicht durch höhere Zäune an den Grenzen und bessere Verpflegung in Flüchtlingslagern lösen, es gibt keine vernünftige polizeiliche Antwort. Die politische Bewältigung dieser Krise ist nur denkbar und machbar, wenn sie als Teil einer Weltinnenpolitik begriffen und betrieben wird. Das heißt, wenn die vielfältigen und komplexen Zusammenhänge und Abhängigkeiten zwischen den Nationalstaaten, den Regionen und den verschiedenen Politikfeldern und Entwicklungsrichtungen beachtet werden.

Aber selbst dann, wenn auf allen diesen Ebenen zügig weltinnenpolitisch kluge und brauchbare Antworten gefunden und umgesetzt werden – der Andrang und die Zuwanderung werden nicht morgen aufhören, die Aufnahme und die Integration der flüchtenden Menschen werden auf mittlere Sicht eines der beherrschenden Probleme unseres öffentlichen

Lebens bleiben, sie werden die Wirtschaft, den Staat, unsere Institutionen, die Zivilgesellschaft und unser Zusammenleben nachhaltig verändern. Das muss keineswegs von Nachteil sein. Ein im Gesamtkontext winziges, aber für die Freie Wohlfahrtspflege ziemlich wichtiges Beispiel: der seit Jahren laufende Prozess der interkulturellen Öffnung in der Wohlfahrtspflege gewinnt einen anderen Stellenwert. Aber quantitativ und qualitativ ist die gegenwärtige Herausforderung – bei allen Unterschieden – im Ausmaß der zu erwartenden gesellschaftlichen Wirkungen allenfalls vergleichbar mit der Integration von vielen Millionen Vertriebenen und Flüchtlingen nach dem 2. Weltkrieg und mit der Bewältigung der Folgen der staatlichen Einheit vor 25 Jahren. Aber gerade diese beiden Herausforderungen geben auch Grund zur Zuversicht. Denn: diese Herausforderungen wurden – gewiss nicht fehlerfrei, nicht glatt und schon gar nicht leidensfrei, aber im Ergebnis – positiv bewältigt. Solche Herausforderungen konnten und können nie allein vom Staat bewältigt werden, sondern nur dann, wenn der gesellschaftliche Zusammenhalt stark genug ist und wenn die Zivilgesellschaft als Ausdruck dieses Zusammenhaltes die Herausforderung auch annimmt. Das war nach dem Krieg so und das war auch nach 1989 so, und das hat funktioniert. Die Freie Wohlfahrtspflege, als größter organisierter Kern der Zivilgesellschaft, hat mit ihren über 1,5 Millionen haupt- und ca. 3 Millionen ehrenamtlichen Arbeitenden, die mehr als 100.000 Angebote und Programme betreiben, diese Herausforderung vom ersten Tag an mit großem Engagement und mit Empathie angenommen. Das gilt längst nicht mehr nur für die vielen hundert Programme und Organisa-

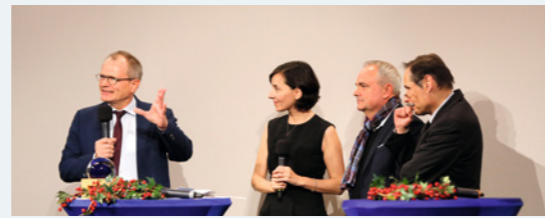
tionen, die ohnehin und immer schon auf den Gebieten der Migration, der Flüchtlingshilfe und der Nothilfe tätig sind. Vielmehr kommt der Problemdruck mittlerweile auch voll in der Kinder- und Jugendhilfe an, aber auch in den anderen großen Feldern Sozialer Arbeit, und das wird sich noch steigern. Flüchtlinge brauchen vom ersten Tag an die Möglichkeit eines aktiven Lebens, sei es Unterricht, Berufsausbildung, Landeskunde, Sport, Entdeckungen, Mitarbeit bei der Organisation des täglichen Lebens. Monatelange Passivierung führt allzu oft zu wahlweise Apathie, Vertiefung von Traumata oder Aggression. Deshalb darf z. B. am möglichst frühzeitigen Zugang zu Sprach- und Integrationskursen nicht gespart werden. Davon dürfen auch Asylbewerber aus angeblich sicheren Herkunftsländern nicht ausgeschlossen werden, denn auch von ihnen werden viele bleiben und können dann ihre Integration nur mit einem beträchtlichen Handicap starten. Und wer nicht bleiben kann, nimmt vom Lernen auch keinen Schaden. Integration kann nur gelingen, wenn es mehr gibt als eine Ein-Jahres-Perspektive. Integration bedeutet auch, den Flüchtlingen die Möglichkeit zu geben, hier mit ihren nächsten Familienangehörigen zusammen zu leben.

Auszüge aus der Rede des BAGFW-Präsidenten Prof. Dr. Rolf Rosenbrock auf dem BAGFW-Politikforum am 24.11.2015

des BMAS zur „**Teilhabe am Arbeitsleben**“ auf Grundlage des Arbeitspapiers vom 19.11.2014 im Rahmen der BMAS-AG Bundesteilhabegesetz 28.04.2015 BAGFW-Eckpunkte zur **Neuregelung des Vertrags- und Vergütungsrechts** im Rahmen des Bundesteilhabegesetzes für Menschen mit Behinderungen 30.04.2015 Gemeinsame Erklärung von BUKO und BAGFW: **Betreuungsvereine benötigen eine umge-**

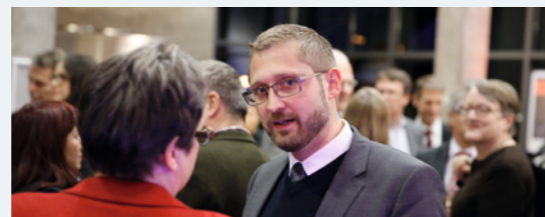
hende Anpassung der Vergütung 07.05.2015 **Positionierung der BAGFW zu den Regelbedarfen SGB II** 11.05.2015 Stellungnahme der BAGFW zur Konsultation über **Dienstleistungen für Langzeitarbeitslose** 18.05.2015 Stellungnahme der BAGFW zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (BT-Drs. 18/3551) zur Öffentlichen Anhörung am 20.05.2015 „**Pflege-TÜV hat versagt – Jetzt echte Transparenz**

2015



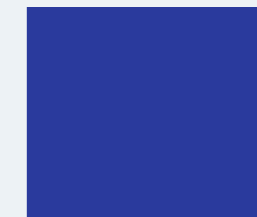
Politische Kontakte wurden unter anderem mit folgenden Personen und Institutionen geführt:

Dr. Christian Berringer, Referatsleiter im BMG, **Gerd Billen**, Staatssekretär im BMJV, DGB-Spitzenebene, **Hans-Georg Engelke**, Staatssekretär im BMI, **Edgar Franke**, MdB, Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Gesundheit, **Dr. Eckhard Franz**, Abteilungsleiter im BMWi, **Sigmar Gabriel**, MdB, Bundesvorsitzender der SPD, **Dr. Heiko Geue**, Abteilungsleiter im BMFSFJ, **Katrin Göring-Eckardt**, MdB, Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen, **Ulrike Gottschalck**, MdB, Mitglied des Haushaltsausschusses im Deutschen Bundestag, **Hermann Gröhe**, MdB, Bundesgesundheitsminister, **Erich Irlstorfer**, MdB, Mitglied des Bundestagsausschusses für Gesundheit, **Andreas Kirner**, Referatsleiter im BMFSFJ, **Karl-Josef Laumann**, Beauftragter der Bundesregierung für die Belange der Patientinnen und Patienten sowie Bevollmächtigter für Pflege, **Wolfgang Meincke**, Referatsleiter im BMFSFJ, **Dr. Angela Merkel**, MdB, Bundeskanzlerin, **Andrea Nahles**, MdB, Bundesarbeitsministerin, **Thomas Oppermann**, MdB, Fraktionsvorsitzender der SPD, **Aydan Özoguz**, MdB, Staatsministerin für Migration, Flüchtlinge und Integration, **Alois Rainer**, MdB, Mitglied des Haushaltsausschusses im Deutschen Bundestag, **Mechthild Rawert**, MdB, Mitglied des Bundestagsausschusses für Gesundheit, **Erwin Rüdell**, MdB, Mitglied des Bundestagsausschusses für Gesundheit, **Detlef Scheele**, Vorstand der Bundesagentur für Arbeit, **Dr. Rolf Schmachtenberg**, Abteilungsleiter im BMAS, **Manuela Schwesig**, MdB, Bundesfamilienministerin, **Michael Sell**, Abteilungsleiter im BMF, **Dr. Alexandros Tassinopoulos**, Bereichsleiter Beteiligungsmanagement SGB II in der BA,

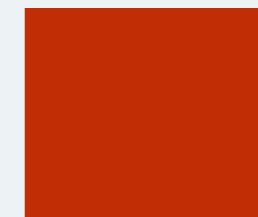


Dr. Matthias von Schwanenflügel, Abteilungsleiter im BMFSFJ **BAGFW-Veranstaltungen:** 13. Februar, Workshop der BAGFW zum Bundesteilhabegesetz mit **Dr. Schmachtenberg**, BMAS, Berlin, 27. April, Gemeinsame Tagung von KBV, KZBV und BAGFW zur „Versorgung pflegebedürftiger Menschen weiterentwickeln“, Berlin, 11. Juni, Parlamentarisches Frühstück zur Qualitätsberichterstattung in der Pflege, Berlin, 11. Juni, Workshop Private Finanzierung, Berlin, 30. Juni, Workshop zum Thema Digitalisierung, Berlin, 1. Juli, Workshop zum Thema Wirkungsorientierung, Berlin, 8. September, Gespräch der BAGFW mit den muslimischen Verbänden, die der DIK angehören, 20. Oktober, Fachtagung zum Betreuungsrecht, Kassel, 24. November, Politikforum der BAGFW und Deutscher Sozialpreis, Berlin, 16. Dezember, Gemeinsame Veranstaltung der ZWST und BAGFW zu den israelischen Erfahrungen mit der Integration von Flüchtlingen, Berlin **Veranstaltungen mit aktiver BAGFW-Beteiligung:** 8. bis 9. Januar, Bündnis für Gemeinnützigkeit, Klausurtagung,

Genshagen, 13. Januar, Lenkungsausschuss Deutsche Islamkonferenz, Berlin, 19. bis 20. Januar, 2. Internationales Deutschlandforum „Was Menschen wichtig ist – Innovation und Gesellschaft“ im Bundeskanzleramt, Berlin, 2. Februar, Veranstaltung „Faire Gewinnung künftiger Fachkräfte aus Drittstaaten für die Ausbildung in der Pflegewirtschaft“ bei der GIZ, Eschborn, 11. Februar, Steuerungsgruppe Deutscher Engagementpreis, Berlin, 23. Februar, SPD-Veranstaltung zu TTIP, 3. März, Podiumsdiskussion zum Konzept Abbau von Langzeitarbeitslosigkeit des BMAS, Berlin, 3. März, Podiumsdiskussion mit Staatsministerin Özoguz zum Schwerpunktthema 2015 „Gesundheit und Pflege in der Einwanderungsgesellschaft“ im Bundeskanzleramt, Berlin, 28. April, Veranstaltung zur Digitalisierung von Dienstleistungen im BMWi, Berlin, 28. April, Workshop zur Bedeutung der Pflege- und Seniorenwirtschaft im BMWi, Berlin, 18. Mai, DZI Spenden-Siegel Forum 2015, Berlin, 20.



Mai, Kongress „Jüdisches Leben in Deutschland – ist es gefährdet?“ der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Berlin, 11. Juni, Netzwerk Gemeinwohl, Wien, 12. Juni, Hauptstadtkongress Medizin und Gesundheit Deutscher Pflegekongress, Berlin, 16. bis 18. Juni, Deutscher Fürsorgetag des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V., Leipzig, 3. Juli, Gemeinsames Sozialmonitoring mit der Bundesregierung im BMAS, Berlin, 14. Juli, Kuratorium ConSozial, Berlin, 4. September, Demografiekongress, Berlin, 9. September, Sitzung Bündnis für Gemeinnützigkeit, Berlin, 24. September, Hauptausschuss des Deutschen Vereins, Berlin, 30. September, Erfahrungsaustausch mit den Landesligen der Freien Wohlfahrtspflege, Berlin, 9. Oktober, Beirat DZI, Berlin, 21. bis 22. Oktober, ConSozial, Nürnberg, 3. November, Ver-



anstaltung Sanitätshandwerk trifft Pflegewirtschaft, Berlin, 10. November, Fachveranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Betreuungsrecht, Berlin 1. Dezember, Roundtable zum Thema Flüchtlinge im Bundeskanzleramt, Berlin, 8. Dezember, Preisverleihung Deutscher Engagementpreis, Berlin, 10. Dezember, 11. Lenkungsausschuss „Effizienzsteigerung der Pflegedokumentation“, Berlin, 15. Dezember, Austausch zum Patenschaftsprogramm „Wir sind Deutschland. Die Integrationsinitiative der deutschen Wirtschaft, Medien und Stiftungen“, Berlin

Politikforum und Verleihung des Deutschen Sozialpreises

Das BAGFW-Politikforum ist ein neues Veranstaltungsformat. Es bietet die Möglichkeit, in Themenbereichen der Freien Wohlfahrtspflege öffentlich auf aktuelle Fragen in der gesellschaftlichen Diskussion einzugehen. Es bildet damit nicht nur den äußeren sondern auch einen inhaltlich motivierten Rahmen für die feierliche Verleihung des Deutschen Sozialpreises, des Medienpreises der Freien Wohlfahrtspflege.

In seiner Rede am 24.11.2015 äußerte sich BAGFW-Präsident Prof. Dr. Rolf Rosenbrock grundsätzlich für die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege zum aktuellen Thema der Flüchtlingssituation in Deutschland. Er zeigte auf, welchen wichtigen Beitrag die Wohlfahrtsverbände bei der tagtäglichen Bewältigung der Situation leisten, wie unabdingbar ihr Beitrag auch zum sinnvollen und koordinierten Einsatz der vielen Ehrenamtlichen ist. Er dankte der Bundesregierung ausdrücklich für die humane Haltung. Er benannte all dies mit dem Bild des „hellen Deutschland“, das sich in dieser Weise zeige.

Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Andrea Nahles, sprach ebenso über die vielfältigen Herausforderungen der aktuellen Situation, die sich für ihr Ministerium bspw. darin zeigten, dass Geflüchteten der Zugang zum Arbeitsmarkt geöffnet werden müsse.

Sie betonte die Rolle der Medien bei der Bewältigung dieser gesellschaftlichen Situation. Journalistinnen und Journalisten können einen wichtigen gesellschaftlichen Beitrag leisten, wenn sie sich sozialer Themen annähmen. Häufig gehören Eigenschaften wie Hartnäckigkeit und Empathie, Genauigkeit und Geduld dazu. Die heutige Medienlandschaft macht es Journalisten nicht leicht, sich in solcher Weise wichtigen Themen anzunehmen. Umso höher sind deshalb auch die Leistungen der diesjährigen Preisträger des Deutschen Sozialpreises zu bewerten.

Der Deutsche Sozialpreis 2015 wurde an drei Journalistinnen und einen Journalist für ihre Beiträge aus dem Jahr 2014 überreicht:

Sparte Print: **Nataly Bleuel**
„Herzessache“, ZEIT Magazin,
Reportage zum Thema Organspende

Sparte Hörfunk: **Margot Overath**
„Oury Jalloh. Die widersprüchlichen Wahrheiten eines Todesfalls“, MDR FIGARO, Feature zum Tod des Asylbewerbers Oury Jalloh

Sparte Fernsehen: **Nadya Luer und Jo Goll**
„Ware Mädchen. Prostitution unter Zwang“, rbb Fernsehen, Film zum Thema Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung

Seit 1971 verleihen die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege den Deutschen Sozialpreis. Der Medienpreis zur sozialen Lebenswirklichkeit in Deutschland ist mit 15.000 Euro dotiert und wird in drei Sparten vergeben.

Weitere Informationen zu den Preisträgern und ihren Beiträgen: www.bagfw.de



schaffen: **Pflegenoten aussetzen und Ergebnisqualität voranbringen** 18.05.2015 Stellungnahme der BAGFW zum Entwurf eines Gesetzes zur **Stärkung der Gesundheitsförderung** und der Prävention (Präventionsgesetz – PräVG) BT-Drucksache 18/4282 (Pflegebedürftigkeitsbegriff) 21.05.2015 BAGFW-Positionierung zur **Fachkräftegewinnung** 26.05.2015 Stellungnahme der BAGFW zum Referentenentwurf

eines Gesetzes zur **Modernisierung des Vergaberechts** 29.05.2015 Gemeinsame Forderungen von DBR, BAGFW und Fachverbänden zur **Reform des Behindertengleichstellungsgesetzes** 17.06.2015 10 Jahre **Integrationskurse** 19.06.2015 Positionspapier der BAGFW zu **Anforderungen an Beratungsleistungen** für Menschen mit Behinderungen im neuen Bundesteilhabegesetz 26.06.2015 Stellungnahme der

Gremienarbeit

Sozialkommission I

Vorsitz: Brigitte Döcker, Arbeiterwohlfahrt

Die Sozialkommission I bearbeitet Themen aus den Bereichen Altenhilfe und Pflege, Behindertenhilfe, Gesundheitswesen und Themen der Betreuungsvereine. Der Ausschuss „Qualitätsmanagement“ arbeitet fachübergreifend als Querschnittsausschuss in Zuordnung der Sozialkommission I.

Die existenzgefährdende finanzielle Situation der Betreuungsvereine war in der Sozialkommission I erneut Beratungsgegenstand, da eine Verbesserung der Lage auch im Berichtsjahr nicht eingetreten ist. Die pauschale Vergütung für die Betreuungsvereine ist seit 2005 nicht mehr erhöht worden und führt zu einer insgesamt bedrohlichen Lage der Vereine, die vielerorts trotz steigender Aufgaben und intensiverer Beratungstätigkeit keine auskömmliche Finanzierung haben. Die alle zwei Jahre stattfindende Tagung der BAGFW zur Unterstützung der Betreuungsvereine und deren Arbeit, fand 2015 bereits zum vierten Mal statt. Die Ergebnisse der Veranstaltung sind auf der Webseite der BAGFW dokumentiert. Angesichts der wachsenden Bedeutung der Betreuungsarbeit muss es weiterhin Ziel der politischen Aktivitäten sein, die existentiellen Grundlagen der Betreuungsvereine zu sichern.

Den Schwerpunkt der Sozialkommission I-Arbeit bildete die Befassung mit pflege- und behindertenthemenpolitischen Themen.

Der intensive und transparente Beteiligungsprozess des BMAS zum BTHG fand im April

seinen Abschluss (www.bmas.de). Die Arbeitsgruppe des BTHG im BMAS hat zahlreiche Papiere und Stellungnahmen zur Vorbereitung des Referentenentwurfs mit den Akteuren und den Menschen mit Behinderungen und deren Verbänden diskutiert. Die BAGFW hat sich in dieser Arbeitsgruppe, in der sie zwei Plätze hatte, intensiv eingebracht. Die fachliche Vorbereitung auf BAGFW-Ebene erfolgte u. a. im Fachausschuss „Behindertenpolitik“; die Details sind im dortigen Bericht dargestellt. Der Referentenentwurf zum BTHG wird für Frühjahr 2016 erwartet; die BAGFW wird das Gesetzgebungsverfahren weiterhin engagiert begleiten. Als weiteres behindertenpolitisches Vorhaben in dieser Legislaturperiode war das Behindertengleichstellungsgesetz zu kommentieren. Auch hier hat der Fachausschuss „Behindertenpolitik“ die inhaltlich-fachliche Bewertung vorbereitet und die Auseinandersetzung mit dem Thema in der Sozialkommission I unterstützt. Das Arbeitsfeld Altenhilfe und Pflege nahm traditionell in der Sozialkommission I-Arbeit breiten Raum ein. Dieses vor dem Hintergrund, dass die Bundesebene der Verbände vom Gesetzgeber die Aufgaben der Pflege selbstverwaltung aufgetragen bekommen hat. Diese Aufgaben werden mit dem PSG II weiter ausgebaut mit der Einrichtung eines Qualitätsausschusses. Hier wird es um ein neues zukunftsgerichtetes Modell der Qualitätssicherung in der Pflege gehen, welches von der BAGFW maßgeblich konzeptionell mit entwickelt wurde. So hat das PSG II zahlreiche zum Teil schon seit langem geforderte Verbesserungen in der Versorgung von Pflegebedürftigen gebracht. Die Umsetzung des Gesetzes und in Folge das PSG III wird in der Sozialkommission I in enger Zusammenarbeit mit dem Fachauss-



Am 20. Oktober 2015 findet die BAGFW-Fachtagung „Mittendrin! Kompetenzzentrum Betreuungsverein, Vernetzung im Sozialraum“ statt. Sie können sich bis zum 11. Oktober 2015 ausschließlich online zur Teilnahme anmelden.



Am 27.4. fand in Kooperation von BAGFW, KBV und KZBV eine Pflgetagung statt. Die Versorgung pflegebedürftiger Menschen stellt Ärzte, Zahnärzte und Pflegekräfte vor große Herausforderungen, die nur gemeinsam zu bewältigen sind.

schuss „Altenhilfe“ begleitet. Sowohl Themen zur Qualitätssicherung in der Pflege, der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff, die Richtlinien zur Begutachtung von Pflegebedürftigkeit als auch neue Strukturen der Selbstverwaltung oder Personalbemessungsinstrumente standen aus dem Fachbereich Altenhilfe und Pflege auf der Agenda. Die BAGFW engagierte sich zudem für das Projekt Entbürokratisierung in der Pflege und die Verstetigung dieses Anliegens durch Installierung und Sicherung eines Projektbüros. Die im letzten Jahr begonnene strategische Debatte darüber, ob und auf welche Weise eine Neuorientierung des Pflegesystems angestoßen werden sollte, wurde weiter verfolgt. Nachdem die Autorin der Studie „Auf der Highroad – der skandinavische Weg zu einem zeitgemäßen Pflegesystem“ in der Sozialkommission I ihre Gutachtenergebnisse präsentiert hatte, folgten weitere Gespräche mit Expertinnen und Experten in diesem Kontext. So informierte sich die Sozialkommission I über die Ergebnisse der Studie „Kommunale Gestaltungsmöglichkeiten bedürfnisorientierter Altenpflegestrukturen“ und über die Konzepte und Ansätze des Netzwerkes SONG. In 2016 wird diese strategische Debatte auf Ebene der Sozialkommission I weitergeführt.

Im Gesundheitsbereich standen ebenfalls Gesetzgebungsverfahren zur Begleitung an z. B. das Präventionsgesetz und das Gesundheitsstrukturgesetz sowie das Hospiz- und Palliativgesetz. In Umsetzung des Präventionsgesetzes wurde der Dialogprozess mit der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung intensiviert. Die BZgA unterstützt die Krankenkassen bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben zur Sicherung und Weiterentwicklung der Qualität der Leistungen zur Gesundheitsförderung und Präven-

tion in Lebenswelten. Der BZgA wird per Gesetz aufgetragen, geeignete Kooperationspartner heranzuziehen. Die Träger der Freien Wohlfahrtspflege sind Hauptakteure in den Lebenswelten und damit geeignete Kooperationspartner. Die Verhandlungen dazu und die weitere Umsetzung des Präventionsgesetzes werden die SK I auch in 2016 weiter beschäftigen. Ein gelungenes Beispiel einer Kooperation stellte die gemeinsame Tagung von KBV, KZBV und BAGFW zur Versorgung von pflegebedürftigen Menschen und den sich daraus ergebenden gemeinsamen Herausforderungen dar. In dieser Tagung haben sich die Veranstalter mit der interprofessionellen Verbesserung der Versorgung von Pflegebedürftigen befasst. Die Tagung soll Auftakt sein für eine intensivere Kooperation. Die Dokumentation ist zu finden unter: www.bagfw.de.

Die hier kurz skizzierten Themen stellen nur eine Auswahl der zahlreichen Beratungspunkte der Sozialkommission I dar. Die der Sozialkommission I zugeordneten Fachausschüsse bereiten die Details für die Abstimmungen und Beratungen in der Sozialkommission I auf; wegen der Einzelheiten wird daher auf die Berichte der Fachausschüsse verwiesen. Die Fachkräftesicherung, ein Thema, welches für die Freie Wohlfahrtspflege von besonderer Bedeutung ist, stand ebenso auf der Agenda wie die Wirkungsorientierung, die Digitalisierung des Sozialen oder Themen des Engagements in vernetzten Hilfsstrukturen. Auch wurden die politischen Gespräche vorbereitet und die Ergebnisse ausgewertet.

BAGFW zum Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer Kinder und Jugendlicher 07.07.2015 Stellungnahme der BAGFW zum Referentenentwurf für ein Zweites Gesetz zur Stärkung der pflegerischen Versorgung und zur Änderung weiterer Vorschriften (Zweites Pflegestärkungsgesetz – PSG II) 07.07.2015 Mögliche Anfechtungen durch TTIP – Reak-

tionen des BMWI 10.07.2015 Anregungen der BAGFW zur Produktentwicklung für Maßnahmen der Assistenten Ausbildung an die BA 16.07.2015 Stellungnahme der BAGFW zum Referentenentwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des SGB XII 14.08.2015 Stellungnahme der BAGFW zum Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Modernisierung des Vergaberechts (Vergaberechtsmodernisierungsgesetz



Am 10.9. besuchte die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Staatsministerin Aydan Özoguz gemeinsam mit BAGFW-Präsident Prof. Dr. Rosenbrock eine Initiative der young caritas, die junge Berliner mit jugendlichen Flüchtlingen zusammenbringt. Die Staatsministerin stellt 3,5 Mio Euro zur Unterstützung von Ehrenamtlichen in der Flüchtlingshilfe bereit.

Sozialkommission II

Vorsitz: Maria Loheide, Diakonie Deutschland – Evangelischer Bundesverband

Die Sozialkommission II bearbeitet in ihrer Zuständigkeit Themen aus den Feldern Kinder, Jugend, Familie und Frauen, Arbeitsmarktpolitik und Grundsicherung, Migration und Integration sowie bürgerschaftliches Engagement und Freiwilligendienste.

Zur Vergewisserung befasste sich die Sozialkommission II mit ihrem eigenen Selbstverständnis und den relevanten Zukunftsthemen. So waren die Erwartungen der Fachausschüsse und die Fragen der Zusammenarbeit in den Arbeitsstrukturen zu reflektieren. In einer Klausursitzung der Sozialkommission II, zum Teil gemeinsam mit den Fachausschussvorsitzenden, wurden Themen geplant und strukturelle Fragen erörtert. Insbesondere die Behandlung von Querschnittsthemen war hier in den Blick zu nehmen. Dazu gehörte, gemeinsam mit der Sozialkommission I und den zuständigen Fachgremien eine Positionierung zur Großen Lösung zu erarbeiten, die sowohl in die Beratungen zum BTHG-Prozess, als auch in die Vorarbeiten zur SGB VIII-Novelle eingespeist werden konnte. Ebenfalls fachübergreifend wurde in der Arbeitsgruppe „Flüchtlingskinder“ über die Verteilung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen und deren Betreuung beraten und die Positionierung dazu für die weiteren Auseinandersetzungen mit dem Thema freigegeben. Die Sozialkommission II beschäftigte sich –

ebenso wie die BAGFW insgesamt in diesem ereignisreichen Jahr – vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Lage mit zahlreichen Themen aus dem Bereich der Migrations- und Flüchtlingspolitik. Die Politik suchte den Dialog mit den zivilgesellschaftlichen Akteuren und Verbänden auf verschiedenen Ebenen, lud zu Flüchtlings- und Integrationsgipfeln ein und führte zahlreiche Gespräche, um gemeinsam nach Lösungen zu suchen. Die Bundesregierung legte Förderprogramme und Projekte zur Unterstützung von Flüchtlingen auf, die von den Wohlfahrtsverbänden und dort speziell von der Sozialkommission II begleitet wurden. Auch das Gespräch der BAGFW mit der Bundeskanzlerin konzentrierte sich auf das Thema Flüchtlinge und auf die aktuellen Herausforderungen. Die Sozialkommission II bereitete dieses und andere Gespräche im Rahmen ihrer Zuständigkeit für die Vorbereitung und Begleitung von politischen Gesprächen mit vor und wertete es aus. Zudem suchten zahlreiche Initiativen und Vereinigungen, aber auch die gewerbliche Wirtschaft die Zusammenarbeit mit der Wohlfahrtspflege, um den ankommenden Flüchtlingen Hilfestellung und Unterstützung zu leisten. Die Sozialkommission II führte dazu Gespräche und lotete die Unterstützungsmöglichkeiten aus. Neben den Flüchtlingsfragen bildete auch die Befassung mit den in der Deutschen Islamkonferenz – beim BMI angesiedelt – auf der Agenda stehenden Themen einen Arbeitsschwerpunkt. Die DIK befasste sich mit dem Thema Wohlfahrtspflege und mit der interkulturellen Öffnung der bestehenden Dienste und Einrichtungen. Die BAGFW nahm den Dialog mit den muslimischen Verbänden auf und sprach über gemeinsam interessierende Themen und Formen einer möglichen Kooperation.

Die aktuelle Engagementpolitik des BMFSFJ wurde in der Sozialkommission II ebenfalls begleitet und kommentiert. Das BMFSFJ erarbeitete eine Engagementstrategie und suchte dazu den Dialog. Zudem strebte das Ministerium die Einrichtung einer Deutschen Engagementstiftung an; die Idee dazu stellte der zuständige Abteilungsleiter im BMFSFJ der Sozialkommission II vor. Die arbeitsmarktpolitischen Herausforderungen und die Initiativen der BAGFW zum Ausbau eines öffentlich geförderten Arbeitsmarktes bildeten erneut einen wichtigen Arbeitsbereich der Sozialkommission II-Arbeit. Die Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit (BA) wird u. a. durch regelmäßige Gespräche mit dem Vorstand der Bundesagentur gepflegt und durch Kontakte auf Arbeitsebene intensiviert. Als ein Ergebnis der Zusammenarbeit verständigte sich die BA mit der BAGFW auf eine Kooperation im „Bündnis für Arbeit“, das in der Sozialkommission II beraten und finalisiert wurde. In gemeinsamer Zuständigkeit mit der Sozialkommission I beriet die Sozialkommission II die Ergebnisse der Arbeitsgruppe „Soziale Berufe/ Fachkräftesicherung“, die ein Papier zur Fachkräfteentwicklung und -sicherung in den sozialen Berufen vorgelegt hatte. Auch das Thema „Digitalisierung des Sozialen“ wurde in der Sozialkommission II andiskutiert, ist allerdings in der BAGFW nunmehr in anderen Gremien angesiedelt. Dazu gehörte auch die Einsetzung und Begleitung einer AG „Digitales Welcome Center“. Das Welcome Center hat zum Ziel, Unternehmen, die Menschen beschäftigen möchten, und Flüchtlinge zusammenzubringen und Kontakte herzustellen. Die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextre-

mismus und den aktuellen Herausforderungen für die Arbeit der Freien Wohlfahrtspflege wurde auch im Berichtsjahr fortgesetzt. Angestrebt wird eine Handlungsempfehlung der BAGFW in Form einer Handreichung gegen Rechtsextremismus. Neben den zahlreichen Themen, über die in den Berichten der zugeordneten Fachausschüsse im Detail informiert wird, befasste sich die Sozialkommission II mit zahlreichen weiteren Fragestellungen. Dazu gehörte die Begleitung des Monitoringprozesses mit der Bundesregierung ebenso wie die Beratung von europapolitischen Fragestellungen, die Erarbeitung von Eckpunkten zu Regelbedarfen und Positionen zur Vermeidung von Altersarmut sowie Fragen der Wirkungsorientierung und –messung, um nur einige zu nennen.



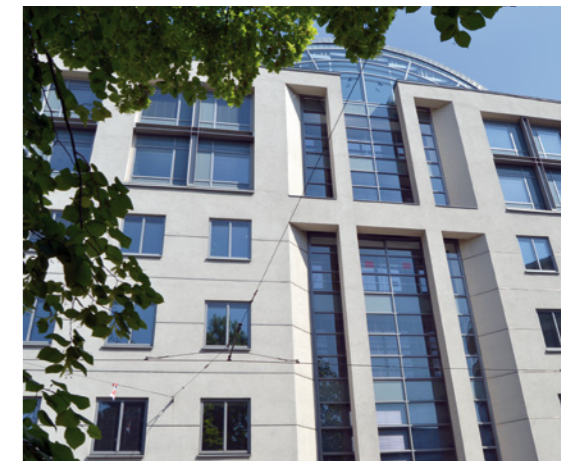
In der Broschüre "Kompass für den Alltag in Deutschland" stellt die BAGFW die Möglichkeiten der Verbände in der Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer dar.

– VergModG) 07.09.2015 Stellungnahme der BAGFW zum Entwurf eines Gesetzes zur **Änderung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch** und weiterer Vorschriften (Drucksache 344/15) 09.09.2015 Positionierung der BAGFW Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland – **Ergänzende Handlungsbedarfe** aus Sicht der BAGFW 17.09.2015 Stellungnahme der Fachgruppe Beschäftigung, Sozialfragen, Unionsbürger-

schaft zum Thema Grundsätze wirksamer und verlässlicher **Sozialleistungssysteme** 25.09.2015 Stellungnahme der BAGFW zur Strategischen **Sozialberichterstattung** 25.09.2015 Stellungnahme der BAGFW zum Gesetz zur **Modernisierung des Besteuerungsverfahrens** 25.09.2015 Stellungnahme der BAGFW zum zweiten **Pflegestärkungsgesetz (PSG II)** 25.09.2015 Standortbestimmung der BAGFW zur **Wirkungsori-**



Präsentation der Wohlfahrtsmarken
in Schloss Bellevue
V. l. n. r.: BAGFW-Präsident Prof.
Dr. Rolf Rosenbrock, Bundesfinanz-
minister Dr. Wolfgang Schäuble,
Bundespräsident Joachim Gauck



Geschäftsstelle

Finanzkommission

Vorsitz: Hans Jörg Millies,
Deutscher Caritasverband

In der Finanzkommission beraten Experten aller sechs Wohlfahrtsverbände über Themen mit finanzieller Relevanz für die Sozialwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland.

Die Arbeit der Finanzkommission wird unterstützt durch die Fachausschüsse „Gemeinnützigkeit und Steuern“, „Wohlfahrtsmarken“, „Statistik“ und „Vergaberecht“. In diesen werden Spezialthemen zusammen mit weiteren Fachleuten der Verbände bearbeitet und in die Sitzungen der Finanzkommission eingebracht. Die erfolgreiche Arbeit wurde im Jahr 2015 durch das hohe persönliche Engagement der Mitglieder und die Einbringung ihrer Fachkompetenz ermöglicht. Dafür gilt allen Mitwirkenden ein besonderer Dank.

Auch in der Finanzkommission waren Fragen der gesellschaftlichen Herausforderung zur Aufnahme und Integration von Menschen auf der Flucht zentrales Thema. Auf Initiative der Finanzkommission haben die Wohlfahrtsverbände zusammengestellt, welche zusätzlichen Leistungen diese zur Aufnahme und Integration von Flüchtlingen erbringen und wo sie dringenden Handlungsbedarf sehen. Mit Unterstützung der Geschäftsstelle der BAGFW konnte eine finanzielle Förderung für diese bedeutenden Aufgaben durch den Bund erreicht werden.

Zudem galt es mehrfach im Lauf des Jahres, Vorschläge gegenüber den Ministerien zu erstellen für eine Aufteilung der Bundeszuschüsse für die Migrations- und Integrationsarbeit. Dabei war zu berücksichtigen, wie die konkreten Aufgaben vor Ort bestmöglich gefördert werden können.

Auch im Jahr 2015 brachten die Mitglieder der Finanzkommission ihre Kompetenz zu Fragen der Wirkungsorientierung in der Sozialwirtschaft in die Beratungen ein. Diese mündeten in einem abgestimmten Maßnahmenplan der Finanzkommission.

Als gemeinsames Interesse erwies sich das Anliegen, die Transparenz von Vereinen als einer der bedeutendsten Rechtsformen in der Sozialwirtschaft weiter zu steigern. Eine Vielzahl der Rechtsträger bietet bereits heute freiwillig eine große Transparenz ihrer Ertrags- und Vermögenslage. Im Kontakt mit weiteren zivilgesellschaftlichen Bündnissen soll für das Anliegen geworben werden.

Zu den regulären, alljährlichen Aufgaben der Finanzkommission zählen die Beratungen von Budget- und mittelfristiger Finanzplanung sowie des Jahresabschlusses. Bei der Budgetplanung gilt es, bei konstanten und somit real rückläufigen Mitgliedsbeiträgen, die Aufgaben der BAGFW zu finanzieren. Zudem sind inhaltliche Schwerpunktsetzungen und Projekte zu ermöglichen. Die Jahresabschlüsse werden freiwillig einer Prüfung durch unabhängige Wirtschaftsprüfer unterzogen. Turnusmäßig wurde 2015 wieder ein Wechsel der Prüfungsgesellschaft vollzogen. Für den in 2015 erstellten Abschluss des Jahres 2014 wurde ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt.

Zu den Kernaufgaben der BAGFW Geschäftsstelle gehören unter anderem die Beratung der Mitgliederversammlung und der ihr zuarbeitenden Gremien, die Koordination und Unterstützung der Facharbeit, die Organisation von politischen Gesprächen auf Bundesebene, die Organisation und Durchführung von Veranstaltungen, die Verwaltung der Fonds, Stiftungen, Lotteriemittel und des Sozialwerkes Wohlfahrtsmarken sowie die Darstellung und Kommunikation der Anliegen der Freien Wohlfahrtspflege in der Öffentlichkeit.

Es werden Parlamentarische Abende und Gespräche mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages organisiert, Fachtagungen, Stellungnahmen und Publikationen präsentiert.

Die BAGFW unterhält neben der Geschäftsstelle in Berlin eine EU-Vertretung in Brüssel und die Abteilung Wohlfahrtsmarken mit Standort Köln.

Die BAGFW ist durch ihren Geschäftsführer in mehreren Gremien und Beiräten vertreten: u. a. Deutsches Zentralinstitut für Soziale Fragen, startsocial, Wege ins Netz, Kongress der Sozialwirtschaft, ConSozial, Hamburger Tage des Stiftungs- und Non-Profit-Rechts

Im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) und der sechs Spitzenverbände ist seit 2009 eine Regiestelle zur Umsetzung des Partnerschaftsprogrammes „rückenwind“ bei der BAGFW angesiedelt. Hier waren 2015 drei Mitarbeitende beschäftigt.

In der Geschäftsstelle der BAGFW waren 2015 insgesamt teilweise bis zu 19 Mitarbeitende beschäftigt.



entierung in der Arbeit der Freien Wohlfahrtspflege vom 25.09.2015 11.11.2015 Stellungnahme der BAGFW zum Referentenentwurf eines Neunten Gesetzes zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch – **Rechtsvereinfachung** 30.11.2015 Stellungnahme der BAGFW zum Referentenentwurf zur **Verordnung** zur Modernisierung des Vergaberechts 07.12.2015 Stellungnahme der BAGFW zum Referentenentwurf

eines Gesetzes zur **Weiterentwicklung des Behindertengleichstellungsrechts** 08.12.2015 Aktuelle **Standortbestimmung** der BAGFW zu den Herausforderungen der Aufnahme und Integration von Geflüchteten 15.12.2015 BAGFW-Stellungnahme zum Referentenentwurf eines Gesetzes zur Stärkung der beruflichen Weiterbildung und des Versicherungsschutzes in der **Arbeitslosenversicherung** Meldungen 2015



Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e. V.

Präsident: Prof. Dr. Rolf Rosenbrock

Vizepräsidenten: Prälat Dr. Peter Neher und Wolfgang Stadler

Geschäftsstelle

Geschäftsführer: Dr. Gerhard Timm,

stellv. Geschäftsführerin: Sabina Bombien-Theilmann

Assistent der Geschäftsführung: Lutz Reich

Sekretariat: Regina Klug

ESF-Regiestelle

Leiterin:
Bettina Wegner

Referentin:
Sarah Gutscher

Sachbearbeitung:
Daniela Zedel

Koordination
der Gremienarbeit

Referentin:
Sabina Bombien-
Theilmann

Finanzreferat und
Innerbetriebliche
Organisation

Referent:
Jürgen Uelze-Adams

Sachbearbeitung:
Therese Blechen-Karst
Joanna Kedziora-
Kaniuczok

Referat für
Öffentlichkeitsarbeit

Referentin:
Katrin Goßens

Sachbearbeitung:
Britt Kutscha

Referat für
Grundsatzfragen

Referent:
Peter Friedrich

Sachbearbeitung:
Stefanie Schlieter

Abteilung
Wohlfahrtsmarken Köln

Leiterin:
Sigrid Forster

Sachbearbeitung:
Annette Mauermann
Anja Böhme

EU-Vertretung Brüssel

Leiter:
Ulrich Tiburcy,
ab 09.07.15 Malte Lindenthal

Referent:
Malte Lindenthal

Referat für Grundsatzfragen

Die Zielsetzung des 2015 neu geschaffenen Referats für Grundsatzfragen ist die Bearbeitung von für die Freie Wohlfahrtspflege strategisch besonders bedeutsamen Themen. Das Referat wird im Rahmen eines Projekts von der Glücksspirale gefördert.

In enger Abstimmung mit den Gremien und der Geschäftsführung der BAGFW hat das Referat zu folgenden Themen gearbeitet:

Wirkungsorientierung

In enger Zusammenarbeit mit dem Ausschuss für Qualitätsmanagement wurde eine BAGFW-interne Auseinandersetzung zu dem Thema Wirkungsorientierung und -messung initiiert, die eine konsequente Fortsetzung des bestehenden Qualitätsmanagements in den Spitzenverbänden und ihren Einrichtungen und Diensten darstellt. Diese umfasste unter anderem einen Workshop (01.07.2015, Berlin), an dem die Kommissionen der BAGFW sowie weitere interne und externe Expert/innen teilnahmen. Das Ergebnis ist eine erste „Standortbestimmung der BAGFW zur Wirkungsorientierung in der Arbeit der Freien Wohlfahrtspflege“ sowie Konsens bezüglich der Weiterentwicklung des Themas durch die BAGFW. Darüber hinaus begleitete das Referat das Transparenz-Gutachten des CSI, das eine Analyse bestehender Messverfahren und -instrumente der Wirkungsmessung und ihre Eignung für die Arbeitsfelder der Freien Wohlfahrtspflege umfasst.

Private Finanzierung

Seit mehreren Jahren wird in unterschiedlichen Varianten und variierenden Vorzeichen die private Finanzierung (in) der Freien Wohlfahrtspflege diskutiert, so z.B. im Kontext von social impact investment. Hierzu veranstaltete die BAGFW mit europäischen Partnern eine inter-

ationale Konferenz. Darüber hinaus moderiert das Referat die AG „private Finanzierung“, die neben den Spitzenverbänden auch Vertreter/innen von einzelnen Trägern sowie weiteren Expert/innen umfasst und die Potentiale alternativer Finanzierungsformen ausloten soll.

Digitalisierung des Sozialen

Im Referat wird das Thema Innovation am Beispiel der Digitalisierung des Sozialen konkretisiert. Ziel ist es, Austausch und Synergien zwischen den einzelnen Akteuren zu ermöglichen und damit eine gemeinsame Weiterentwicklung des Themas zu befördern. Hierzu zählt auch die Moderation der AG Digitalisierung. Parallel dazu hat das Referat verschiedene Fachgespräche geführt sowie Gremien in der BAGFW bei der Auseinandersetzung mit dem Thema unterstützt.

Multiplikatoren-schulung zur Entbürokratisierung in der Pflegedokumentation

Das Referat übernahm für die Spitzenverbände die Koordination der bundesweiten Multiplikatoren-schulungen im Rahmen der Entbürokratisierung in der Pflegedokumentation. Im zweiten Quartal des Jahres wurden insgesamt rund 300 Multiplikatoren geschult.

Weitere Veranstaltungen

Darüber hinaus hat das Referat verschiedene Veranstaltungen unterstützt. Zu nennen sind hier, neben dem „Hauptstadtkongress Medizin und Gesundheit“, die Mitarbeit an der Planung und Umsetzung sowie Dokumentation der BAGFW-Tagung „innovativ und nachhaltig“.



Auf der Konferenz "Social Impact Investment" am 16.2. in Brüssel diskutierten TeilnehmerInnen aus Politik, Finanz- und Sozialwirtschaft mit VertreterInnen der EU-Institutionen und der Organisationen der Zivilgesellschaft über die Chancen und Risiken von privaten wirkungsorientierten Investitionen im Sozialbereich.



EU-Vertretung Brüssel

Europa am Scheideweg?

Im November 2014 nahm die neue EU-Kommission ihre Arbeit auf und bereits in seiner Antrittsrede versprach Präsident Jean-Claude Juncker ein „Triple-A on social issues“ und beschrieb seine Behörde als „Kommission der letzten Chance“. Die Betonung der gleichberechtigten Stellung von EU-Sozial- und Wirtschaftspolitik weckte viele Erwartungen, u. a. auch bei der Freien Wohlfahrtspflege.

In 2015 hat die EU-Kommission ihre Versprechen aufgrund aktueller Prioritätenverschiebungen noch nicht einhalten können. Zwar verwiesen sowohl Jean-Claude Juncker als auch EU-Sozialkommissarin Marianne Thyssen auf eine Stärkung des sozialen Europas, nur blieben bislang breiter angelegte Initiativen aus. Die Halbzeitbewertung der Europa 2020 Strategie, die unter anderem das Ziel beinhaltet die Anzahl der von Armut gefährdeten Menschen in der EU um 20 Millionen zu verringern, wurde verschoben. Eine Initiative zur Einführung einer sogenannten „Europäischen Säule sozialer Rechte“ wurde ebenfalls erst für 2016 angekündigt. Die BAGFW EU-Vertretung verfolgte die Diskussionen nicht nur, sondern brachte sich auch aktiv ein. Unter anderem reichte die BAGFW eine Stellungnahme zur Erbringung von Dienstleistungen für Langzeitarbeitslose in den Mitgliedstaaten und auf EU-Ebene ein. Außerdem erarbeitete der Vertreter der BAGFW im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA), Herr Prof. Schlüter, eine Initiativstellungnahme zu Grundsätzen wirksamer und verlässlicher Sozialleistungssysteme, die im September 2015 durch das EWSA-Plenum verabschiedet wurde. Diese wurde mit großer Zustimmung aufgenommen und führte u. a. zu einem Gespräch mit dem Kabinett der EU-Sozialkommissarin Marianne Thyssen.

Zusätzlich wurden die Verhandlungen zum EU-US Freihandelsabkommen TTIP detailliert verfolgt. Eine gemeinsame Stellungnahme vom Bundeswirtschaftsministerium und der BAGFW wurde im Februar 2015 verabschiedet, in der die Positionen der BAGFW klar fixiert sind. Die Freie Wohlfahrtspflege fordert u. a. eine grundsätzliche Transparenz der Verhandlungen, die Herausnahme von gemeinnützigen Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen aus den Verhandlungen und lehnt jegliche Form von nichtstaatlichen Schiedsgerichten im Rahmen des Investorenschutzes ab.

Weiterhin verfolgte die BAGFW in 2015 einschlägige Beschwerdeverfahren im Bereich des EU-Beihilferechts. Die Themen „Soziales Unternehmertum“, „Soziale Innovationen“ und „Soziale Wirkungsmessung“ spielten auf der europäischen Ebene ebenfalls eine Rolle.

Schließlich überschattete das Thema „EU-Flüchtlingspolitik“ ab Sommer 2015 alle politischen Auseinandersetzungen. Die EU-Innenminister beschlossen als Antwort auf die ansteigenden Flüchtlingszahlen die Verteilung von 160.000 Flüchtlingen auf die EU-Mitgliedstaaten nach einem festen Verteilungsschlüssel. Bislang (Stand Dezember 2015) sind nur ca. 130 Flüchtlinge über diesen Mechanismus verteilt worden. Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten werden 2016 und in Folge nur erfolgreich sein, wenn sie es schaffen, nationale Egoismen zu überwinden und eine gemeinsame solidarische Politik zu verwirklichen. Dabei müssen die soziale und die wirtschaftliche Dimension der EU gleichberechtigt behandelt werden.

Abteilung Wohlfahrtsmarken Köln

Bundespräsident Joachim Gauck und Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble waren sich einig: Die Präsentation der Wohlfahrtsmarken 2015 in Schloss Bellevue am 18. Februar war sowohl für den Schirmherrn als auch den Herausgeber der Sonderpostwertzeichen mit Zuschlag „Für die Wohlfahrtspflege“ ein überaus angenehmer Termin. Beide nutzten die Gelegenheit, sich bei den anwesenden Verbandsvertretern stellvertretend für die Hilfsbereitschaft und Mitmenschlichkeit zu bedanken, die insbesondere durch den Einsatz der zahlreichen Ehrenamtlichen in den Verbänden dem Gemeinwohl zu Gute kommt. Als Zeichen seiner Wertschätzung für dieses Engagement hat der Bundespräsident ca. 30 Ehrenamtliche aus den Mitgliedsverbänden der BAGFW zum Bürgerfest in Schloss Bellevue am 11. und 12. September eingeladen.

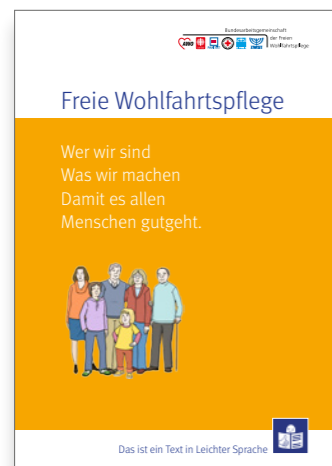
Die Abteilung Wohlfahrtsmarken hat den Aufenthalt der Gäste organisiert und begleitet. An beiden Tagen wurden das Sozialwerk Wohlfahrtsmarken sowie beispielhafte Projekte der Verbände im Schlosspark den mehr als 20.000 Besuchern präsentiert. Im Rahmen einer Mitmach-Aktion haben Festbesucher knapp 3.000 Briefe als „Grüße vom Bürgerfest des Bundespräsidenten“ geschrieben. Diese wurden mit Wohlfahrtsmarken frankiert, die die Deutsche Post als Sponsor zur Verfügung gestellt hat. So ging der Gedanke des „Porto mit Herz“ auf Werbetour durch Deutschland und in zahlreiche Länder der Welt.

„Stille Nacht“ – das wohl weltweit bekannteste deutschsprachige Weihnachtslied war das Motiv der Weihnachtsmarke 2015. Der zeitlose Text des Liedes war zur Vorstellung der Marke am 24. November hoch aktuell, denn „der Wunsch nach einer stillen Nacht, nach Sicherheit und Frieden vereint in diesen Tagen hunderttausende

de Menschen, deren aktuelle Situation tatsächlich nichts von dem zulässt“ – so BAGFW-Präsident Prof. Dr. Rolf Rosenbrock in seiner Ansprache. Durch die Wahl der Notunterkunft für Flüchtlinge der Berliner Stadtmission als Veranstaltungsort wurde ein Zeichen der Solidarität mit den Flüchtlingen gesetzt und darauf aufmerksam gemacht, dass Menschen auf der Flucht oder in anderen schwierigen Lebenslagen unser aller Unterstützung brauchen. Die Erlöse aus dem Verkauf der Weihnachtsmarken leisten dazu einen unverzichtbaren Beitrag.

Im Rahmen der Information über Wohlfahrtsmarken als Finanzierungselement für soziale Arbeit und zur Gewinnung neuer Vertriebsstellen in den verbandlichen Gliederungen hat die Abteilung Wohlfahrtsmarken das „Porto mit Herz“ vom 16. bis 18. Juni erstmals auf dem Deutschen Fürsorgetag in Leipzig präsentiert. Der Kontakt zu den treuesten Kunden, den Sammlern, wurde ganzjährig über die philatelistischen Medien sowie den Messeauftritt auf der Internationalen Briefmarkenbörse in Sindelfingen gepflegt.

Weitere Informationen unter www.wohlfahrtsmarken.de



Referat Öffentlichkeitsarbeit

Eine der wichtigen Aufgaben des Referates Öffentlichkeitsarbeit war die weitere Ausgestaltung der Ende 2014 relaunchten Webseite www.bagfw.de. Ziel war die Wiederherstellung der digitalen Informationen und Dokumente in zeitgemäßer und konzeptionell wie optisch verbesserter Form. Ebenso wurden Bewegtbild-Elemente wie Veranstaltungsvideos integriert. Der Servicecharakter wurde wiederhergestellt und durch Anpassung an verändertes Nutzerverhalten verbessert. Ein weiterer Schwerpunkt war das Thema Barrierefreiheit. Eine Vorlesefunktion konnte integriert werden. Darüber hinaus sind Informationen und Dokumente in Leichter Sprache abrufbar.

In Verantwortung bzw. unter Mitwirkung des Referates wurden weitere Serviceaufgaben übernommen, die in der Umsetzung von Veranstaltungen von Fachausschüssen sowie in der Erstellung von Broschüren ihren Ausdruck fanden. Vielfach ging es darüber hinaus um die Sicherstellung der CD-liniertreuen Darstellung

der BAGFW bei eigenen bzw. Fremdveranstaltungen, bei denen die BAGFW als Kooperationspartner agierte.

Die Pressearbeit nahm 2015 einen breiten Raum ein. Im Verlauf des Jahres wurden 20 Pressemitteilungen veröffentlicht, die sich entweder spezifischen Themen einzelner Fachgremien annahmen und die Position der Freien Wohlfahrtspflege in den öffentlichen Diskussionen erklärten. Zukünftig wird es noch mehr darauf ankommen, die Meldungen zielgenauer zu platzieren und damit eine Berichterstattung zu fördern. Darüber hinaus gab es zahlreiche Presseanfragen, die durch Interviews mit dem BAGFW-Präsidenten bzw. der BAGFW-Geschäftsführung ihre Antwort fanden.

Einen weiteren Schwerpunkt stellte die Arbeit im Projekt Deutscher Sozialpreis dar. Es ging um die Planung und Umsetzung der Ausschreibung, der Juryarbeit und der Verleihung des Deutschen Sozialpreises 2015 in den Sparten Print, Hörfunk und Fernsehen. Mehr Informationen: s. Seite 16/17

ESF-Regiestelle

Neues Programm zur Fachkräftesicherung in der Sozialwirtschaft gestartet

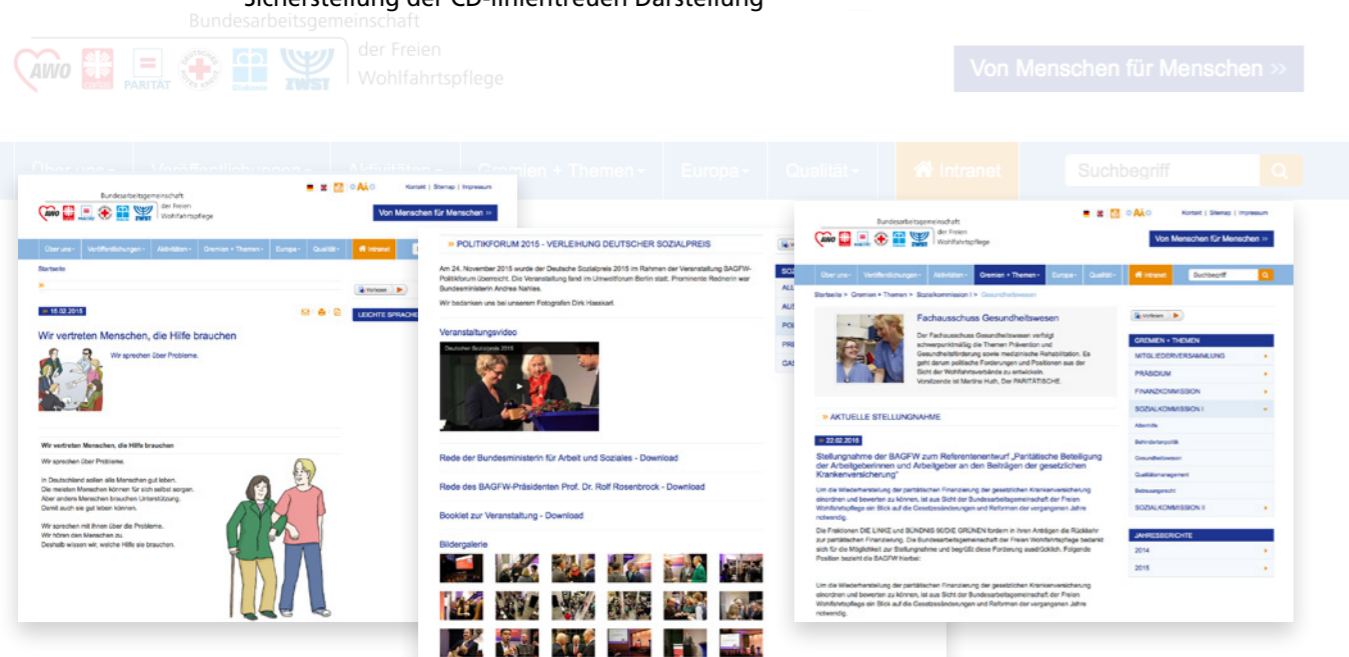
Am 01. April 2015 startete das ESF-Programm „*rückenwind* – Für die Beschäftigten und Unternehmen in der Sozialwirtschaft“. Ziel des Förderprogramms ist die Verbesserung der Anpassungs- und Beschäftigungsfähigkeit der Beschäftigten in der Sozialwirtschaft in Verbindung mit einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Organisationsstrukturen in den Einrichtungen und Verbänden. *rückenwind* knüpft damit an den Erfolg des Vorläuferprogramms „*rückenwind* – Für die Beschäftigten in der Sozialwirtschaft“ (2009–2014) an: Bundesweit 131 Modellvorhaben zur Personalentwicklung in der gemeinnützigen Sozialwirtschaft wurden in der sechsjährigen Förderlaufzeit entwickelt und erprobt. Konzeptionell ist das aktuelle Programm um die Dimension „Organisationsentwicklung“ erweitert worden. *rückenwind* greift so Erfahrungen und Erkenntnisse aus der vergangenen Förderperiode auf. Der in der *rückenwind*-Richtlinie verankerte „integrierte Ansatz“ setzt deshalb eine enge Verknüpfung von Instrumenten und Methoden der Personalentwicklung und Ansätzen der Organisationsentwicklung voraus. Zentrale Grundlage des Programms *rückenwind* ist, wie bereits beim Vorgängerprogramm, das Partnerschaftsprinzip. Gemäß dem partnerschaftlichen Ansatz arbeiten das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) und die BAGFW bei der Entwicklung, Umsetzung, Begleitung und Auswertung des Programms eng zusammen. Vorhandenes Fachwissen und Erfahrungswerte beider Partner werden so umfassend genutzt. Zum Ausdruck kommt dies zum einen in der gemeinsamen Steuerungsgruppe des Programms als auch in der Einrichtung der ESF-Regiestelle in der BAGFW, deren Aufgabe die Koordinierung der Programmumsetzung ist. Auch deshalb ist *rückenwind* in

seinen Zielsetzungen, Inhalten und Umsetzungsvorgaben unmittelbar an den Bedarfen und spezifischen Gegebenheiten der Sozialwirtschaft ausgerichtet und zeichnet sich durch eine hohe Passgenauigkeit aus. Zielgruppe des Förderprogramms sind freigemeinnützige Träger, die einem der sechs Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege angehören sowie sonstige gemeinnützige Träger in der Sozialwirtschaft. Sie können sich mit Modellvorhaben bewerben, die jeweils einen Schwerpunkt aus den beiden übergeordneten Förderbereichen „A – Personalentwicklung zur Verbesserung der Anpassungs- und Beschäftigungsfähigkeit“ und „B – Organisationsentwicklung zur Verbesserung der Demografie-Festigkeit sozialwirtschaftlicher Unternehmen“ adressieren und nachvollziehbar miteinander verknüpfen. Insgesamt 30 Millionen Euro aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) stellt das BMAS hierfür von 2015 bis 2020 zur Verfügung. Die Mitarbeiterinnen der ESF-Regiestelle in der BAGFW beraten potenzielle Antragstellende aus der Freien Wohlfahrtspflege sowie sonstige gemeinnützige Träger bei der Entwicklung von Vorhaben. Die eingegangenen Projektvorschläge werden von der Regiestelle geprüft und zur Votierung durch die Steuerungsgruppe aufbereitet. Die ESF-Regiestelle leistet programmbezogene Öffentlichkeitsarbeit. Sie erläutert die Inhalte des Programms sowie die Modalitäten des Antragsverfahrens in die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege hinein und organisiert den Erfahrungsaustausch unter den Projektträgern. In einem 1. Aufruf zur Interessenbekundung im Sommer 2015 wurden 24 Projektvorschläge durch die Steuerungsgruppe positiv votiert und zur Hauptantragstellung vorgeschlagen. Im November 2015 fand ein 2. Aufruf zur Interessenbekundung statt. Eine Votierung der eingegangenen Interessenbekundungen erfolgte im März 2016.



EUROPÄISCHE UNION

Zusammen.
Zukunft.
Gestalten.





GlücksSpirale tut gut

Mit dem Verkauf jedes einzelnen Loses der GlücksSpirale wird Gutes getan. Die Erlöse der Lotterie kommen verschiedenen gemeinnützigen Zwecken zu Gute. Seit 1976 ist die Freie Wohlfahrtspflege Destinatär der GlücksSpirale. Mit einem Teil der Erlöse werden soziale Projekte der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege gefördert. Die weiteren Teile gehen an den Deutschen Olympischen Sportbund und die Deutsche Stiftung Denkmalschutz. Über die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege werden jährlich um die 750 Projekte gefördert. 2014 wurden knapp 19 Mio Euro für die Förderung vergeben.

Finanzen 2014

Da der Jahresabschluss 2015 noch nicht abschließend beraten wurde, erfolgt an dieser Stelle die Darstellung des Zahlenwerks 2014.

Mit der detaillierten Kontrolle der finanziellen Seite der Arbeit der Geschäftsstelle hat die Mitgliederversammlung die Finanzkommission beauftragt. Die Geschäftsstelle berichtet gegenüber der Finanzkommission regelmäßig über die Einhaltung des Budgets des laufenden Jahres, den Jahresabschluss des Vorjahres und die finanziellen Planungen für das Folgejahr sowie weitere finanzrelevante Themen.

Die BAGFW gliedert ihr Rechenwerk in die Bereiche Geschäftsstelle Berlin zusammen mit dem EU-Büro und die Abteilung Wohlfahrtsmarken, die im folgenden Abschnitt separat dargestellt werden.

Geschäftsstelle Berlin und EU-Büro Brüssel

Um die Arbeit der Geschäftsstelle zu ermöglichen, sind im Jahr 2014 in den folgenden Bereichen Aufwendungen entstanden:

Aufwendungen

1. Personalaufwand der Geschäftsstelle in Berlin und des EU-Büros in Brüssel	1.054.000 €
2. Aufwand für Sachkosten der Geschäftsstelle und Aufwendungen zur Durchführung von Projekten	802.000 €
3. Sonstige Aufwendungen	36.000 €
Summe der Aufwendungen	1.892.000 €

Die Geschäftsstelle in Berlin und das EU-Büro in Brüssel finanzierten sich 2014 im Wesentlichen durch 4 Ertragsquellen:

Erträge

1. Mitgliedsbeiträge der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege	774.000 €
2. Zuschüsse und Zuwendungen zu laufenden Aufwendungen (Lotterie „GlücksSpirale“, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Verein zur Förderung der Freien Wohlfahrtspflege e. V. u. a.)	652.000 €
3. Erträge aus Finanzanlagen, Zinsen und ähnliche Erträge	387.000 €
4. Sonstige Erträge	191.000 €
Summe der Erträge	2.004.000 €

Die Geschäftsstelle schloss das Geschäftsjahr mit einem Überschuss in Höhe von 112.000 EUR ab. Der Jahresüberschuss wurde in die Rücklagen eingestellt.

Abteilung Wohlfahrtsmarken

Im Jahr 2014 sind folgende Aufwendungen in der Wohlfahrtsmarkenabteilung entstanden:

Aufwendungen

1. Personalaufwand	120.000 €
2. Materialaufwand	13.918.000 €
3. Zuweisungen an Verbände aus Zuschlagserlösen	2.240.000 €
4. Sonstige Sachaufwendungen	222.000 €
Summe der Aufwendungen	16.500.000 €

Bei dem Materialaufwand handelt es sich vor allem um den Wareneinkauf der Wohlfahrtsmarken. Die sonstigen Sachaufwendungen beinhalten unter anderem die Aufwendungen für Maßnahmen zur gemeinsamen Bewerbung der Wohlfahrtsmarken in der Öffentlichkeit durch die Spitzenverbände.

Die Wohlfahrtsmarkenabteilung in Köln finanzierte sich in 2014 wie folgt:

Erträge

1. Verkauf von Wohlfahrtsmarken / Sonderprodukten	13.928.000 €
2. Sonstige Erträge (u. a. Zuschlagserlöse aus dem Verkauf von Wohlfahrtsmarken durch die Deutsche Post AG)	2.639.000 €
Summe der Erträge	16.567.000 €

Die Wohlfahrtsmarkenabteilung schloss das Geschäftsjahr 2014 mit einem Überschuss von 67.000 EUR ab. Der Überschuss wurde in die Rücklage eingestellt und dient der zukünftigen Finanzierung der Arbeit der Wohlfahrtsmarkenabteilung.

Weiterleitung von Mitteln zur Durchführung sozialer Projekte

Aus den Zuschlagserlösen aus dem Verkauf von Wohlfahrtsmarken durch die Deutsche Post AG wurden 2014 von der Geschäftsstelle 2.240.000 EUR an die angeschlossenen Spitzenverbände weitergeleitet.

In ihrer Funktion als Destinatär der Lotterie „GlücksSpirale“ verteilte die BAGFW im Jahr 2015 an ihre Mitgliedsverbände Mittel aus der GlücksSpirale 2014 in Höhe von 18.831 TEUR. Die Mittel wurden unverzüglich an die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege weitergeleitet und dort für die Realisierung von sozialen Projekten im gesamten Bundesgebiet eingesetzt. Beispiele geförderter Projekte finden sich auf der Internetpräsenz der BAGFW (www.bagfw.de).

Die BAGFW weist im Rahmen eines Gesamtverwendungsnachweises gegenüber den Lotteriegenehmigungsbehörden der Länder die satzungsgemäße Verwendung der Zweckerträge der GlücksSpirale durch die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege und deren Untergliederungen nach.

Der Verein Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e. V. ist mit Bescheid für 2012 des Finanzamtes Berlin Körperschaften I vom 25.02.2014 als gemeinnützig anerkannt. Die Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, der Lagebericht und der Anhang 2014 wurden durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Solidaris-Revisions-GmbH, Berlin, geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Anschriften



Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e. V.
Blücherstraße 62/63
10961 Berlin
Telefon: 030 26309-0
Fax: 030 26309-32599
E-Mail: info@awo.org
www.awo.org



Der Paritätische Gesamtverband e. V.
Oranienburger Straße 13–14
10178 Berlin
Telefon: 030 24636-0
Fax: 030 24636-110
E-Mail: info@paritaet.org
www.paritaet.org



Deutscher Caritasverband e. V.
Karlstraße 40
79104 Freiburg im Breisgau
Telefon: 0761 200-0
Fax: 0761 200-572
E-Mail: info@caritas.de

Berliner Büro:
Reinhardtstraße 13
10117 Berlin
Telefon: 030 284 44-76
Fax: 030 284 44-788
E-Mail: pressestelle@caritas.de
www.caritas.de



Deutsches Rotes Kreuz e. V.
Carstennstraße 58
12205 Berlin
Telefon: 030 85404-0
Fax: 030 85404-450
E-Mail: drk@drk.de
www.drk.de



**Diakonie Deutschland
Evangelischer Bundesverband**
Caroline-Michaelis-Str. 1
10115 Berlin
Telefon: 030 65211-0
Fax: 030 65211-3333
E-Mail: pressestelle@diakonie.de
www.diakonie.de



**Zentralwohlfahrtsstelle der Juden
in Deutschland e. V.**
Hebelstraße 6
60318 Frankfurt am Main
Telefon: 069 944371-0
Fax: 069 49481-7
E-Mail: zentrale@zwst.org
www.zwst.org

Neue Heimat 2013.
Neueste Studien 2016.
Gefördert durch die GlücksSpirale.

Bundesarbeitsgemeinschaft



der Freien
Wohlfahrtspflege

